

Richtbeilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

N^o 159.

Dresden, am 31. Mai.

1837.

Neun und achtzigste öffentliche Sitzung der
II. Kammer, am 23. Mai 1837.

(Beschluß.)

Fortsetzung der Berathung über das Ausgabe-Budjet. D. Departement des Innern. 24) Beiträge zu Lokalanstalten für Polizei und andre öffentliche Zwecke; f) zur Armen- und Waisenversorgung an verschiedenen Orten des Landes. —

(Schluß der Rede des Abg. D. Schröder): Die bedeutenden Lasten, welche seit jener Zeit den Einwohnern von Rochlitz aus dem Grunde auferlegt werden mußten, um den Armen nachhaltig unter die Arme zu greifen, sollten dadurch vermindert werden, daß man für einen Theil des Feuerungsmaterials, das für die Armen gebraucht wurde, von Seiten des Staates sorgen wollte. Natürlich reicht das Holz, das wir aus den Staatswäldungen entweder unentgeltlich oder für einen geringern Preis bekommen (was ich in diesem Augenblicke nicht genau anzugeben im Stande bin), nicht hin, wir müssen immer noch eine bedeutende Masse Holz ankaufen, oder den Armen zu diesem Behufe Geldunterstützungen verabreichen. Durch jene Holzunterstützung, die ohnehin gering genug ist, da sie nur zu 54 Thlr. 19 Gr. an Werth veranschlagt worden ist, ist es erst ermöglicht worden, das Holz in kleinen Quantitäten für geringere Preise wöchentlich an die Armen zu überlassen, und lediglich dadurch ist es möglich geworden, den vielfachen Holzdiebstählen, wenn auch kein Ziel zu setzen, doch wenigstens sie zu verringern. Ueber die sonstigen Verhältnisse von Rochlitz brauche ich Nichts zu erwähnen, sie sind den Anwesenden größtentheils bekannt, so daß ich voraussehen kann, man wird damit einverstanden sein, daß Rochlitz jedenfalls unter die Städte gehört, die, wenn irgend eine Unterstützung noch ferner gewährt werden soll, sie am nothwendigsten bedürfen. Ich darf zu diesem Behufe, unter Uebergang von noch manchen andern drückenden Unglücksfällen und Nothständen, nur noch erwähnen, daß nur ein kaum bemerkbarer Theil der Stadt noch existirt, der das vorige Jahrhundert erlebt hat; denn in diesem Jahrhundert ist nunmehr fast der ganze Ort durch mehrfache Brände vernichtet und nur mit großen Opfern wieder hergestellt worden.

Abg. v. Dieskau: Wenn der Abgeordnete von Dschatz die Garantie übernimmt, daß mit der Bewilligung des hier postulirten Betrags die von ihm erwähnten Wald-Nebennutzungen wegfallen, so werde ich mich für die Bewilligung

dieser Post erklären können. Die Drohung, deren er sich bedient hat, möchte ich bloß für einen Scherz erkennen, über den jedes der geehrten Kammermitglieder das Seinige sich denken mag. Anlangend die Position selbst, so glaube ich aus denselben Gründen, welchen von einigen Abgeordneten vorhin erwähnt worden sind, insbesondere um deswillen, weil noch mehrere Ortschaften existiren, welche eine ähnliche Unterstützung wohl mit weit größerm Rechte in Anspruch nehmen möchten, mich nicht für diese Position bestimmen zu können.

Abg. A ten st ä d t: Ich wollte nur erklären, daß ich diese Garantie ablehnen muß, und zwar aus dem verfassungsmäßigen Grunde, weil meine Wirksamkeit als Ständemitglied oder meine Verpflichtung gegen die Ständeversammlung nur so lange dauert, als die Ständeversammlung, und wenn ich nach Hause zurückgekehrt bin, ich aller Rechte, aber auch aller Verbindlichkeiten überhoben bin.

Abg. v. Thielau: Ueber diesen Punct erlaube ich mir nur einige Worte. Ich glaube, die Kammer wird sich überzeugen, daß es der Deputation nicht darauf angekommen sein kann, bloß Ersparnisse für die Staatskasse zu machen; denn ob diese 240 Thlr. mehr oder weniger zu zahlen hat, kann ihr gleich sein; allein es war um das Prinzip zu thun. Je mehr aber die Verhandlungen hier Öffentlichkeit erlangen und je mehr die Ursachen dieser Bewilligungen herausgehoben werden, um so mehr muß ich mich dafür erklären, daß die Kammer den Ansichten der Deputation beistimmen möge; denn sollte aus solchen Gründen das Postulat bewilligt werden, so würde jedenfalls alle und jede Stadt des Landes das Recht haben, einen solchen Anspruch an die Staatskasse zu machen. Der Abg. v. d. Planitz hat Argumente für das Postulat angeführt, aber im Gegentheil eigentlich für die Deputation gesprochen; denn da bis jetzt diese Städte Zuschüsse bekamen, und dennoch, wie der Abg. v. d. Planitz meint, kein Ast auf der Eiche sicher sei, so glaube ich, daß dies zur Genüge beweist, daß diese 248 Thlr. völlig weggeworfen sind, indem sie das Stehlen des Holzes nicht verhindern. Es wäre also ein Verschleudern der Staatsmittel, wenn man sie bewilligen wollte.

Abg. Rour: Das, was der letzte Sprecher sagte, scheint allerdings nicht ganz unbegründet zu sein; allein es würde dahin führen, dem Abg. Todt beizupflichten und gegen die ganze Position zu stimmen.

Referent Secr. Richter: Es gründet sich die Bewilligung für die Städte, welche die Deputation in ihrem Gutachten herausgehoben hat, allerdings, wie zwei Abgeordnete